

Am 2. Juli 2014 hielt HTL-Schüler Christoph Konzett (19) aus Thüringen nachfolgende Rede vor den Mitgliedern des Petitionsausschusses des Nationalrats. Thema: Ein U-Ausschuss zur Causa Hypo Alpe Adria.

Sehr geehrte Abgeordnete, werte Vertreter des Volkes,

ich interessiere mich schon sehr lange für Politik. Besonders die Innenpolitik interessiert mich sehr und ich verfolge sie so gut ich kann. Viele Bürger haben ja leider ein sehr schlechtes Bild von der Politik und ich muss zugeben, dass es bei mir seit kurzem auch so ist. Angefangen hat es nach der Nationalratswahl. Da tauchte plötzlich das Budgetloch auf und ich hatte wirklich das Gefühl, dass die Regierung diese Tatsache der Bevölkerung vorsätzlich verschwiegen hat, um bei der Wahl nicht noch mehr Stimmen zu verlieren. Bis dahin habe ich nicht geglaubt, dass so etwas hier in Österreich passieren kann. Ich habe wirklich an das Gute in der Politik geglaubt und war deshalb wohl noch mehr enttäuscht als ich gesehen habe, wie es wirklich ist.

Gereicht hat es mir dann beim Thema Hypo Alpe Adria. Ich dachte ich seh' nicht recht, als ich in den Medien gelesen habe, dass ein U-Ausschuss von SPÖ und ÖVP wieder abgelehnt wurde. Ich konnte einfach nicht verstehen, warum sie sich so vehement geweigert haben, diesen Skandal aufzuklären. Aber ich wollte nicht nur darüber schimpfen. Daher habe ich dann eine Online-Petition gestartet, in der ich einen U-Ausschuss zu diesem Thema gefordert habe. Das war vor rund vier Monaten.

Die Petition habe ich dann auf verschiedenen Onlineseiten verbreitet und ich konnte sehen, wie schnell die Anzahl der Unterschriften anstieg. Ich habe auch verschiedene Politiker angeschrieben und sie um Hilfe gebeten. Zuerst habe ich alle Abgeordnete des Vorarlberger Landtags angeschrieben und sie um Hilfe gebeten. Einige haben zurückgeschrieben, es sei eine gute Idee und sie würden das verbreiten.

Ein Abgeordneter hat allerdings gemeint, dass ein U-Ausschuss nichts bringen würde und nur noch mehr Geld kosten würde. Das war ein harter Schlag ins Gesicht, dass er so ein Verbrechen an den Bürgern nicht aufgeklärt haben wollte, nur weil es mehr Geld kosten würde. Wohin kommen wir denn, wenn wir Verbrechen nur noch aufklären, wenn es kein Geld kostet?

Ich habe dann auch noch die Abgeordnete der Oppositionsparteien im Nationalrat angeschrieben und sie ebenfalls um Hilfe gebeten. Der Herr Pirkhuber (Grüne; Anm.) hat die Petition dann in den Nationalrat gebracht. So wurde sie Thema in vielen Medien und die Anzahl der Unterschriften stieg rasant an. Bis heute hat sie rund 54.000 Unterschriften und die der Opposition über 140.000.

Ich bekam sehr viele Rückmeldungen von den Leuten die von der Petition gehört haben. Sie alle finden, dass es ein Verbrechen ist, was mit ihrem Geld passiert ist und kein einziger war gegen einen solchen U-Ausschuss. Sie wollen unbedingt die Sache aufgeklärt haben und es

ist ihnen auch wirklich wichtig. Schließlich geht es ja um ihr Steuergeld. Sehr viele Menschen fordern also so einen Untersuchungsausschuss und man sollte wirklich darauf hören, was die Bevölkerung verlangt. Es reicht in einer Demokratie nicht aus, sich für fünf Jahre wählen zu lassen und sich in dieser Zeit überhaupt nicht mehr darum zu kümmern, was die Bevölkerung will. Mir scheint es leider so, als würden sich viele Abgeordnete nach der Wahl einfach von der Außenwelt abkapseln. Anders kann ich mir nicht erklären, warum man gegen einen U-Ausschuss stimmen kann. Weiß man nicht, was die Bevölkerung will? Oder ist man so abhängig von seiner Partei, dass man sich nicht traut, dagegen zu stimmen?

Abgeordnete sollten eigentlich ohne Zwang abstimmen. Leider sieht man immer mehr, dass sie nicht mehr frei in ihren Entscheidungen sind, sondern einzig und allein die Partei entscheidet, wie sie zu stimmen haben. Lehnen sie sich dagegen auf, werden sie ausgeschlossen oder bei der nächsten Wahl nicht mehr aufgestellt. Es ist traurig, dass solche Zustände in Österreich herrschen.

In diesem Untersuchungsausschuss sollte es um das Thema Hypo Alpe Adria gehen. Diese Kärntner Bank hat und wird die Bürger noch mehrere Milliarden an Steuergeld kosten. Mit diesem ganzen Geld hätte man so viele sinnvolle Sachen machen können. Aber anstatt in die Bildung zu investieren, muss an den Schulen nun gespart werden. So soll sogar die Schüleranzahl in den Klassen erhöht werden. Auch in die Krankenversorgung oder in die Familienförderung hätte man das Geld besser investieren können. Alles Orte, wo es Tausendmal besser angelegt wäre als in dieser Bank.

Dieses Geld ist nun mehr oder weniger weg. Ein schlimmes Verbrechen am Volk, das sehr hart dafür arbeiten musste. Und genau weil es ein Verbrechen ist, muss es auch unbedingt aufgeklärt werden, besonders auch auf der politischen Ebene.

Die Regierung macht es sich da einfach. Sie sagt, dass nur die FPÖ in Kärnten schuld an der ganzen Sache ist. Ich verteidige die Partei mit keinem Wort und glaube auch, dass sie sehr große Fehler gemacht hat, gerade unter Landeshauptmann Haider. Aber man darf nicht vergessen, dass auch SPÖ und ÖVP mit im Boot gesessen sind. Alle drei Parteien haben im Landtag für die enorm hohen Landeshaftungen gestimmt und sind somit auch Schuld daran, dass nun der Steuerzahler dafür haften muss.

Auch die Notverstaatlichung der Bank muss untersucht werden, um dann entscheiden zu können, ob sie wirklich notwendig war und ob alles mit rechten Dingen zugegangen ist. Viele glauben ja, dass es ein großer Fehler war, die Bank von den Bayern zurückzukaufen – und dafür waren nur SPÖ und ÖVP verantwortlich.

Die Schuld immer nur auf die Anderen zu schieben, aber selbst überall die Finger mit im Spiel gehabt zu haben: Das ist für mich ein untragbares Verhalten und ich glaube auch, dass sich die Bürger nicht für dumm verkaufen lassen und dieses Spiel durchschauen.

Es gibt also mehr als genug Gründe, die ganze Sache auf der politischen Ebene zu untersuchen. Und zwar in einem U-Ausschuss.

Ich habe lachen müssen, als der Herr Finanzminister diese Griss-Kommission vorgestellt und gesagt hat, dass diese nun alles aufklären werde. Eine Kommission, die keinerlei Rechte hat, die niemanden befragen darf ohne dessen Einwilligung. Die nicht einmal Dokumente einsehen darf, wenn man es ihr nicht erlaubt. Wie soll sie diesen Skandal bitte aufklären können? Das einzige, was sie macht, ist, noch mehr Steuergeld zu verbrauchen. Hätte man gleich einen U-Ausschuss zugelassen, hätte man sich diese Kosten erspart.

Nun ist es schon einige Zeit her, dass die Sache mit dem Untersuchungsausschuss in den Median war. Wie ich befürchtet habe, spielt die Regierung auf Zeit. Sie hofft, dass die Bevölkerung die Sache bald wieder vergisst. Ich hoffe wirklich, dass die Bevölkerung all das nicht vergisst und auch weiterhin auf diesen U-Ausschuss besteht. Auch hoffe ich, dass die Oppositionsparteien weiter an der Sache dran bleiben, auch wenn man momentan wohl nicht mehr so viel Aufmerksamkeit bei den Bürgern bekommt, wie noch vor einigen Monaten.

Ich möchte mich nun recht herzlich dafür bedanken, dass ich hier das Anliegen meiner Petition vortragen durfte. Stellvertretend für alle, die sie unterschrieben haben. Ich hoffe wirklich, dass die Petition etwas bewirkt und dass man die Forderung der Bevölkerung auch ernst nimmt.